

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

| | | |
|--------------|---|-----------|
| 37. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 9. April 1984 | Nummer 21 |
|--------------|---|-----------|

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| Glied-Nr. | Datum | Titel | Seite |
|--------------|-------------|---|-------|
| 2128 | 23. 2. 1984 | RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung | 272 |
| 7861 | 29. 2. 1984 | RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion | 272 |
| 8055 | 6. 3. 1984 | Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Durchführung des Chemikaliengesetzes; Informationen über gefährliche Stoffe | 283 |
| 922 20510 | 28. 2. 1984 | RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Begleitung von Großraum- und Schwertransporten | 284 |

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| Datum | | Seite |
|-------------|---|-------|
| | Ministerpräsident | |
| 12. 3. 1984 | Bek. - Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr | 285 |
| 13. 3. 1984 | Bek. - Kanadisches Generalkonsulat, Düsseldorf | 285 |
| | Innenminister | |
| 9. 3. 1984 | Bek. - Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure | 285 |
| | Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales | |
| 8. 3. 1984 | Mitt. - Aufstellung über vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. 2. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 29. 2. 1984 | 287 |
| | Minister für Wissenschaft und Forschung | |
| 8. 3. 1984 | Bek. - Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels | 294 |
| 8. 3. 1984 | Bek. - Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises | 294 |

I.

2128

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 23. 2. 1984 – V A 3 – 0302.11.

1. Nr. 5.4.2 meines RdErl. v. 28. 4. 1983 (SMBL. NW. 2128) wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach der Gruppierungsnummer „522“ die Wörter „und 525“ eingefügt,
- b) in Satz 2 wird nach dem Wort „Untergruppen“ die Zahl „562“ eingefügt.

2. Die Änderung ist erstmals ab dem Haushaltsjahr 1984 anzuwenden.

– MBl. NW. 1984 S. 272.

7861

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 29. 2. 1984 – II A 3 – 2114/03.1 – 3794

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinien und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion, um in dem dichtbesiedelten Raum bei der regelmäßig engen Nachbarschaft der landwirtschaftlichen Betriebe mit der Wohnbevölkerung Emissionen von verunreinigter Abluft aus Ställen und Lagerstätten sowie beim Ausbringen der Gülle zu vermindern und um eine umweltfreundliche Reinigung oder sachgerechte Verwendung bzw. Beseitigung der in Viehhaltungsbetrieben anfallenden tierischen Exkremente, Silosickersäfte und anderer organischer Stoffe zu ermöglichen.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Massive und wasserdichte Bauten (einschl. Zuleitungen und technischer Ausrüstung) zur Lagerung fester und flüssiger tierischer Exkremente außerhalb von Stallgebäuden.
- 2.2 Kauf eines Zusatzgerätes zur Gülleverteilung, wie Güllendruck oder Schleppschlauchverteiler.
- 2.3 Kauf und Einbau technischer Anlagen zur Verbesserung der Abluft von Ställen.
- 2.4 Massive und wasserdichte Sickersaftgruben (einschl. Zuleitungen für vorhandene Silos).

3. Zuwendungsempfänger

- 3.1 Landwirtschaftliche Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1985 (BGBl. I S. 1448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857).
- 3.2 Körperschaften (mit Ausnahme von Gemeinden [GV]), rechtsfähige Personenvereinigungen oder rechtsfähige Vermögensmassen, die land- und forst-

wirtschaftliche Betriebe bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Es dürfen nur Maßnahmen gefördert werden, die nicht Ersatzbauten oder Ersatzbeschaffungen sind.
- 4.2 Baumaßnahmen mit Baukosten von über 50 000 DM dürfen nur gefördert werden, wenn in absehbarer Zeit eine Aussiedlung nicht erforderlich ist.
- 4.3 Die Lagerung der tierischen Exkremente muß für die Dauer von mindestens 6 Monaten möglich sein, sofern nicht wegen bau- und wasserrechtlicher Vorschriften sowie unter Berücksichtigung der betrieblichen Verhältnisse eine Lagerkapazität für eine längere Dauer verlangt wird.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- 5.1 Zuwendungsart
Projektförderung
- 5.2 Finanzierungsart
Anteilfinanzierung; Förderungsrahmen 10 bis 25 v. H.
Bagatellgrenze: 600 DM.
- 5.3 Form der Zuwendung
Zuschuß
- 5.4 Bemessungsgrundlage sind die Ausgaben für die förderungsfähigen Projekte. Bei Hochbaumaßnahmen gehören nur die Ausgaben für die Kostengruppen 3, 4, 5.3, 6, 7.1, 7.2, 7.3 und 7.5.1 der DIN 276 Teil 2, Anhang A (Ausgabe April 1981) zur Bemessungsgrundlage.
Unbare Eigenleistungen, Kreditbeschaffungskosten und die Umsatzsteuer gehören nicht zur Bemessungsgrundlage.
- 5.4.1 Die Maßnahmen werden nur gefördert, wenn die förderungsfähigen Ausgaben die nachstehenden Mindestbeträge erreichen. Beim Überschreiten der nachstehenden Höchstbeträge wird für den überschreitenden Betrag ein Zuschuß nicht gewährt.

| Für Maßnahmen nach Nr. | Mindestbetrag DM | Höchstbetrag DM |
|------------------------|------------------|-----------------|
| 2.1 | 6 000 | 60 000 |
| jedoch für Dungplatten | 4 000 | 40 000 |
| 2.2 | 4 000 | 18 000 |
| 2.3 | 4 000 | 40 000 |
| 2.4 | 4 000 | 15 000 |

Bei der Berechnung des jeweiligen Höchstbetrages sind alle vorherigen Bewilligungen nach den Richtlinien für die Förderung von Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion vom 3. 7. 1978 und nach diesen Richtlinien zu berücksichtigen und anzurechnen.

- 5.4.2 Der Fördersatz beträgt für Zuwendungsempfänger nach Nr. 3.1 bei positiven Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes
von bis zu 40 000 DM/Jahr bis zu 25 v. H.,
von mehr als 40 000 DM bis 65 000 DM/Jahr bis zu 15 v. H.
der förderungsfähigen Ausgaben.
Zuwendungsempfänger mit positiven Einkünften über 65 000 DM/Jahr sind von der Förderung ausgeschlossen.
Die positiven Einkünfte des Zuwendungsempfängers und seines von ihm nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten sind dabei zusammenzurechnen.
- 5.4.3 Für Zuwendungsempfänger nach Nr. 3.2 beträgt der Fördersatz bis zu 25 v. H. der förderungsfähigen Ausgaben.

- 6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen
- 6.1 Bauliche Anlagen sind für den geförderten Zweck 10 Jahre zu nutzen. Die Frist beginnt mit der Fertigstellung (Gebrauchsabnahme, Übergabe).
Sachen und technische Einrichtungen sind für den geförderten Zweck 5 Jahre zu nutzen. Die Frist beginnt mit der Lieferung der Maschinen und Geräte oder bei Einbauten mit der Fertigstellung.
- 6.2 Der Zuwendungsempfänger ist beim Bau von oberirdischen Güllebehältern zu verpflichten, die umgebende Fläche zum Zwecke des Sichtschutzes mit standortheimischen Gehölzen zu bepflanzen.
- 7 Verfahren
- 7.1 Antragsverfahren
Der Antrag ist nach dem Muster der Anlage 1 beim Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten im Kreise einzureichen. **Anlage 1**
- 7.1.1 Bei Baumaßnahmen ist, wenn die Baukosten 50 000 DM übersteigen, eine Bescheinigung des Amtes für Agrarordnung beizubringen, daß in absehbarer Zeit eine Aussiedlung nicht erforderlich ist (Nr. 4.2).
- 7.1.2 Wenn erforderlich, holt die Bewilligungsbehörde eine fachliche Stellungnahme der Landwirtschaftskammer ein.
- 7.2 Bewilligungsverfahren
- 7.2.1 Bewilligungsbehörde ist der Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter.
- 7.2.2 Der Zuwendungsbescheid ist nach dem Muster der Anlage 2 zu erteilen. **Anlage 2**
- 7.3 Auszahlungsverfahren
Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage des Verwendungsnachweises.
- 7.4 Verwendungsnachweisverfahren
Der Verwendungsnachweis und der Zwischennachweis sind nach dem Muster der Anlage 3 zu erstellen. **Anlage 3**
- 7.5 Zu beachtende Vorschriften
Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 LHO, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen sind.
- 8 Inkrafttreten
Dieser Runderlaß tritt mit Wirkung vom 1. 1. 1984 in Kraft.
Mein RdErl. v. 3. 7. 1978 (SMBL. NW. 7861) wird aufgehoben.

An den
Direktor der
Landwirtschaftskammer

**Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung**

Betr.: Investitionen zur umweltfreundlichen
Tierproduktion

.....
als Landesbeauftragten
über den Geschäftsführer
der Kreisstelle

Bezug: Runderlaß des Ministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten vom
29. 2. 1984

.....
als Landesbeauftragten im Kreise

| | |
|---------------------|---------------------------------|
| 1. Antragsteller | |
| Name, Bezeichnung: | |
| Anschrift: | Straße/PLZ/Ort |
| Gemeindekennziffer: | |
| Bankverbindung: | Konto Nr. Bankleitzahl |
| | Bezeichnung des Kreditinstituts |

Ich bin landw. Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857).



Einkünfte des Antragstellers und seines von ihm nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten gemäß dem letzten Steuerbescheid für den Veranlagungszeitraum, der vom Jahr der Antragstellung nicht mehr als drei Jahre zurückliegt. (Negative Einkünfte sind mit einem Minuszeichen (–) zu kennzeichnen).

| Einkünfte | des Antragstellers DM | des Ehegatten DM |
|---|--------------------------|---------------------|
| aus Land- und Forstwirtschaft | | |
| aus Gewerbebetrieb | | |
| aus selbständiger Arbeit | | |
| aus nichtselbständiger Arbeit | | |
| aus Kapitalvermögen | | |
| aus Vermietung und Verpachtung | | |
| sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG | | |
| Summe der positiven Einkünfte | | |

Der land- und forstwirtschaftliche Betrieb wird von einer Körperschaft (ohne Gemeinden), Personenvereinigung oder Vermögensmasse bewirtschaftet, die unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt.



| | | | |
|--|---|---------------------------|-------------------------------|
| 2. Maßnahme | | | |
| Bezeichnung | | | |
| Durchführungs- zeitraum: | von | bis | |
| 3. Gesamtkosten | | | |
| Lt. beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/DM | | | |
| Beantragte Zuwendung/DM | | | |
| 4. Finanzierungsplan | | | |
| | Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) | | |
| | 19..... DM | 19..... DM | 19..... und folgende DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 4.1 Gesamtkosten (Nr. 3) | | | |
| 4.2 Eigenanteil | | | |
| 4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung) | | | |
| 4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne 4.5) durch | | | |
| 4.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 3/5) | | | |
| 5. Beantragte Förderung | | | |
| Maßnahme | Zuschuß/DM | v. H. der Gesamtkosten | |
| 1 | 2 | 3 | |
| 5.1 Güllelagerstätte u. a. nach Nr. 2.1 der Rl. | | | |
| 5.2 Gülleverteiler nach Nr. 2.2 der Rl. | | | |
| 5.3 Abluftanlage nach Nr. 2.3 der Rl. | | | |
| 5.4 Sickersaftgrube nach Nr. 2.4 der Rl. | | | |
| Summe | | | |

| Für Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion habe ich/haben wir bisher folgende Zuschüsse erhalten: | | | |
|--|--------------------|-----------------------------------|----------------------------|
| Aktenzeichen | Jahr der Förderung | förderungsfähige Ausgaben DM ; | ausgezahlter Zuschuß DM |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

6. Erklärungen

Der/Die Antragsteller erklärt/erklären, daß

6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

6.2 die Maßnahmen nicht im Zusammenhang oder in Verbindung mit baulichen Investitionen durchgeführt werden, die nach anderen Bestimmungen gefördert werden,

6.3 nach dem Bau von Lagerstätten nach Nr. 5.1 die Exkremente mindestens Monate gelagert werden können,

6.4 es sich bei den vorgesehenen Investitionen nicht um Ersatzbauten oder Ersatzbeschaffungen handelt,

6.5 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und bekannt ist, daß alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 74) sind.

6.6 Es ist bekannt, daß die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV. NW. 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschußgewährung dient und daß eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind.

7. Anlagen

☐ Bei Baumaßnahmen mit Baukosten von über 50 000,- DM Bescheinigung des Amtes für Agrarordnung, daß in absehbarer Zeit eine Aussiedlung nicht erforderlich ist.

☐ Bei Güllelagerstätten oder Sickersaftgruben Bescheinigung der unteren Wasserbehörde, daß die Maßnahmen den wasserwirtschaftlichen Anforderungen genügen.

☐ Einkommensteuerbescheid/e

☐ Wenn eine Veranlagung nicht durchgeführt wird, ist hierüber eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamts erforderlich.

☐ Andere Einkommensnachweise

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers/
Unterschriften der Antragsteller)**Erklärung des Ehegatten**

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben über meine Einkünfte und bin mit der Verwendung dieser Angaben im Rahmen des Antragsverfahrens einverstanden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Ehegatten)

Anlage 2

**Der Direktor
der Landwirtschaftskammer
als Landesbeauftragter**

....., den 19.....
Ort/Datum

Fernsprecher:

Az.:
(Anschrift des Zuwendungsempfängers)

Zuwendungsbescheid

(Projektförderung)

Betr.: Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen für Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion

Bezug: Ihr Antrag vom

Anlg.: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung – ANBest-P
Vordruck für den Verwendungsnachweis

I.

1. Bewilligung:

Auf Ihren vg. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom bis
(Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung bis zur Höhe von DM

(in Buchstaben: Deutsche Mark)

2. Zur Durchführung folgender Maßnahmen

(Genaue Bezeichnung des Zuwendungszwecks nach Nr. 2 der Richtlinien)

Bauliche Anlagen sind für den geförderten Zweck 10 Jahre zu nutzen. Die Frist beginnt mit der Fertigstellung (Gebrauchsabnahme, Übergabe). Sachen und technische Einrichtungen sind für den geförderten Zweck 5 Jahre zu nutzen. Die Frist beginnt mit der Lieferung der Maschinen und Geräte oder bei Einbauten mit der Fertigstellung.

3. Finanzierungsart/-höhe

| | |
|--|---|
| Die Zuwendung wird in der Form der Anteilfinanzierung zu zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuß gewährt. | in Höhe von v. H. (Höchstbetrag s. Zuwendungsbetrag) in Höhe von DM |
|--|---|

4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben

| Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden wie folgt ermittelt: | | |
|--|---------------|----------------------------------|
| Maßnahme | Gesamtausgabe | davon zuwendungsfähig (DM) |
| | | |

5. Bewilligungsrahmen

| | |
|---|----------|
| Von der Zuwendung entfallen auf Ausgabeermächtigungen: | DM |
| Verpflichtungsermächtigungen: | DM |
| davon 19..... | DM |
| 19..... | DM |
| 19..... | DM |

6. Auszahlung

| |
|---|
| Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt nach Vorlage des vorgeschriebenen Verwendungsnachweises einschließlich der Originaleinzelbelege und bei Güllelagerstätten und Sickersaftgruben, wenn die Inbetriebnahme bau- und wasserrechtlich zulässig ist. Die Rechnungen müssen nach Nr. 6.5 und 6.7 der ANBest-P u. a. enthalten: Bestell- bzw. Auftragsdatum, Liefer- und Leistungsdaten des Rechnungsausstellers, Anschrift des Zahlungsempfängers und Zahlungsbeweis. Hierbei gelten Überweisungsbestätigungen der Bank nur in Verbindung mit dem Kontoauszug als vollständiger Zahlungsbeweis. |
|---|

II.

7. Nebenbestimmungen

Die diesem Bescheid beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend von Nr. 6.1 ANBest-P ist der Verwendungsnachweis vor Ablauf des Bewilligungszeitraums bis zum vorzulegen (siehe Nr. I 1 des Zuwendungsbescheides).

Ergänzend wird folgendes bestimmt:

Sie sind verpflichtet, beim Bau von oberirdischen Güllebehältern die umgebende Fläche zum Zwecke des Sichtschutzes mit standortheimischen Gehölzen zu bepflanzen.

Alle Angaben in Ihrem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (1. WiKG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 74).

.....
(Unterschrift)

.....
Zuwendungsempfänger

....., den 19.....
Ort/Datum

An den
Direktor der
Landwirtschaftskammer

.....
als Landesbeauftragten
über den Geschäftsführer
der Kreisstelle

.....
als Landesbeauftragten
im Kreise

Verwendungsnachweis/Zwischennachweis ¹⁾

Betr.: Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion

| | | |
|--|------|--------------------|
| Durch Zuwendungsbescheid(e) des Direktors der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten | | |
| vom | Az.: | über DM |
| vom | Az.: | über DM |
| wurden zur Finanzierung der o. a. Maßnahme bewilligt. | | insgesamt DM |
| Es wurden ausgezahlt | | insgesamt DM |

I. Sachbericht (entfällt beim Zwischennachweis)

(Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahme, u. a. Beginn, Maßnahmedauer, Abschluß, Erfolg und Auswirkung der Maßnahme, etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zugrundeliegenden Planungen und vom Finanzierungsplan.)

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

II. Zahlenmäßiger Nachweis

1. Einnahmen

| Art | lt. Zuwendungsbescheid DM | lt. Abrechnung DM |
|--|------------------------------|----------------------|
| Eigenanteil | | |
| Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung) | | |
| Bewilligte öffentl. Förderung durch | | |
| Zuwendung des Landes | | |
| Insgesamt | | |

2. Ausgaben

| Maßnahme (entsprechend der Gliederung im Antrag bzw. Bescheid) | Zuwendungsfähige Ausgaben lt. Zuwendungsbescheid DM | Ausgaben lt. Anlage ¹⁾ ²⁾ DM | geprüft und anerkannt ³⁾ |
|--|--|--|--|
| | | | |
| Insgesamt | | | |

III. Mehr-/Minderausgaben

[illegible]¹⁾ abzügl. Mehrwertsteuer, Skonti und Rabatte

¹⁾ Bei einer Überschreitung der Einzelsätze um mehr als 20 v. H. (vgl. Nr. 1.2 der ANBest-P) ist anzugeben, ob die Bewilligungsbehörde der Überschreitung zugestimmt hat (Datum, AZ der Zustimmung der Bewilligungsbehörde).

¹⁾ nicht vom Zuwendungsempfänger auszufüllen

IV. Bestätigungen

Es wird bestätigt, daß

- die Allgemeinen und Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden;
- die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Belegen übereinstimmen;
- die Inventarisierung der mit der Zuwendung beschafften Gegenstände vorgenommen wurde.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Zuwendungsempfängers

(nicht vom Zuwendungsempfänger auszufüllen)

Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft.

Es ergaben sich keine – die nachstehenden – Beanstandungen.

Der Zuschuß beträgt v. H.

von DM = DM

Ort/Datum

(Unterschrift)

8055

Durchführung des Chemikaliengesetzes Informationen über gefährliche Stoffe

Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - III A 3 - 8200 (III Nr. 2/84) -,
d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
- Z/B3-81-2.9-2/84 -
u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - III C 7 - 1578/2-30153 - v. 6. 3. 1984

1 Inverkehrbringen neuer Stoffe

1.1 Anmeldepflicht

Das Chemikaliengesetz - ChemG - vom 18. September 1980 (BGBl. I S. 1718) ist am 1. Januar 1982 in Kraft getreten.

Nach § 4 ChemG muß der Hersteller oder Einführer nunmehr einen neuen Stoff zunächst bei der Anmeldestelle anmelden, bevor er ihn in Verkehr bringen darf. Der Inhalt der Anmeldung und der beizufügenden Prüfnachweise ergibt sich aus den §§ 6, 7 und 9 ChemG sowie aus der Verordnung über Anmeldeunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz (ChemG Anmelde- und PrüfnachweisV) vom 30. November 1981 (BGBl. I S. 1234).

1.2 Mitteilungspflicht

Nach § 5 ChemG sind Ausnahmen von der Anmeldepflicht vorgesehen. Hierbei sind jedoch bestimmte Mitteilungen an die Anmeldestelle entsprechend § 16 Abs. 3, 4 und 5 ChemG erforderlich. Weitere Mitteilungspflichten gegenüber der Anmeldestelle bezüglich bereits angemeldeter Stoffe ergeben sich aus § 16 Abs. 1 und 2 ChemG.

2 Inverkehrbringen alter Stoffe

Stoffe, die bereits vor dem 18. 9. 1981 im Bereich der Europäischen Gemeinschaften erstmals in Verkehr gebracht worden sind, gelten als „alt“ und unterliegen nicht der Anmeldepflicht nach § 4 Abs. 1 und 2 ChemG. Eine vorläufige Liste solcher Stoffe ist im Anhang zur Chemikalien-Altstoffverordnung (ChemG AltstoffV) vom 2. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1239) enthalten. Diese Liste ist identisch mit dem Europäischen Kerninventar alter Stoffe (ECOIN). Bis zum 31. Dezember 1982 konnten Hersteller und Importeure Stoffe, die zwar nicht in dieser Liste enthalten sind, die jedoch vor dem 18. September 1981 in Verkehr gebracht worden waren, dem Umweltbundesamt in Berlin nachmelden (vgl. auch RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 5. 10. 1981 - MBl. NW. 1982 S. 5/SMBL. NW. 2121 -). Aus dem Kerninventar und den Nachmeldungen auf EG-Ebene wird zur Zeit das endgültige „Europäische Inventar alter Stoffe“ (EINECS) zusammengestellt, das sechs Monate nach seiner Veröffentlichung als alleiniges Kriterium für die Unterscheidung zwischen alten und neuen Stoffen dient.

3 Zuständigkeiten

3.1 Anmeldestelle und Bewertungsstellen

Die Anmeldestelle ist bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz errichtet worden (Verordnung zur Bestimmung der Anmeldestelle nach dem Chemikaliengesetz vom 2. Dezember 1981 - BGBl. I S. 1238 -).

Diese nimmt die Anmeldeunterlagen entgegen, bestätigt dem Anmelder den Eingang, überprüft die Unterlagen auf Vollständigkeit und offensichtliche Fehler, um sie im Einzelfall ändern und berichtigen zu lassen, und sendet sie den Bewertungsstellen zu.

Bewertungsstellen sind die Bundesanstalt für Arbeitsschutz, das Umweltbundesamt und das Bundesgesundheitsamt. Als Bewertungsstellen können von der Anmeldestelle bei Bedarf auch die Bundesanstalt für Materialprüfung und die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft beteiligt werden (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Bewertung nach § 12 Abs. 2 Chemikaliengesetz vom 18. 12. 1981 - BAnz. Nr. 240 vom 23. 12. 1981 -).

Die Bewertungsstellen bewerten die Anmeldeunterlagen im Rahmen ihres Arbeitsgebietes und leiten die Bewertungsergebnisse der Anmeldestelle zu.

3.2 Leitstellen in den einzelnen Bundesländern

In den einzelnen Bundesländern koordinieren „Leitstellen“ die Durchführung des Chemikaliengesetzes und betätigen sich als Kontaktstellen für die Anmeldestelle. In Nordrhein-Westfalen ist die Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZfS) gemäß lfd. Nr. 10.11 des Verzeichnisses der Anlage zur Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrschutzes (ZustVO AltG) als Leitstelle bestimmt worden.

3.3 Überwachungsbehörden

Zuständig für die Überwachung der Durchführung des Chemikaliengesetzes und der auf das Gesetz gestützten Rechtsverordnungen und für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sind in Herstellerbetrieben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsamter (StGAA) bzw. die Bergämter (BA), im übrigen die Kreisordnungsbehörden (vgl. lfd. Nrn. 10.12 ff. des Verzeichnisses der Anlage zur ZustVO AltG).

4 Verfahren der Informationsübermittlung

4.1 Die Anmeldestelle unterrichtet die ZfS von der Anmeldung neuer Stoffe und übersendet gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 ChemG eine vom Anmeldepflichtigen eingereichte Kurzfassung der Anmeldeunterlagen sowie das Ergebnis der Bewertung an die ZfS. Liegt eine Kurzfassung nicht vor, kann die ZfS bei der Anmeldestelle einen vollständigen Satz der Anmeldeunterlagen anfordern.

Die Anmeldestelle übersendet der ZfS auch Kurzfassungen von Mitteilungen nach § 16 ChemG sowie Kurzfassungen von Anmeldeunterlagen aus dem gesamten EG-Bereich.

4.2 Die ZfS arbeitet den Inhalt der Kurzfassungen bzw. ggf. der vollständigen Anmeldeunterlagen auf und überträgt die Ergebnisse und Daten in entsprechende Informationsblätter (Anlage 1).

Die ZfS sendet die Informationsblätter an die Behörden und Institutionen, für deren Aufgabenerfüllung der Informationsgehalt von Anmeldung (§ 4) und Mitteilung (§ 16) von Bedeutung ist. Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Informationsbedarfs der einzelnen Dienststellen werden die Informationsblätter entsprechend Anlage 2 verteilt. Falls weitere Behörden in den Verteiler aufgenommen werden wollen, können sie dies auf dem Dienstwege mit eingehender Begründung beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantragen. Die Regierungspräsidenten können die ihnen vorliegenden Informationen an nachgeordnete Dienststellen weiterleiten, sofern dies sachlich geboten erscheint.

4.3 Sofern der Hersteller seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen hat, informiert die ZfS die zuständige Überwachungsbehörde sofort über die Anmeldung und übersendet ihr auf Anforderung die vollständige Kurzfassung. Andere Dienststellen, die ein berechtigtes Interesse an der vollständigen Kurzfassung nachweisen, können sie bei der ZfS anfordern.

4.4 Die Bewertungsergebnisse werden - falls sie von der Anmeldung abweichende oder ergänzende Kenntnisse vermitteln - von der ZfS ebenfalls aufgearbeitet und den betroffenen Dienststellen mitgeteilt.

5 Behandlung von Informationen

5.1 Die Informationsblätter A, V, Z und MV der Anlage 1 enthalten vertrauliche Angaben. Sendungen mit diesen Informationsblättern schickt die ZfS an den Dienststellenleiter oder Vertreter im Amt. Dabei ist eine Versandform zu wählen, die einen Verlust ausschließt sowie eine unbefugte Öffnung erschwert und erkennen läßt (z. B. Versiegelung).

5.2 Unterlagen, die vertrauliche Informationen enthalten und entsprechend gekennzeichnet sind, müssen besonders sorgfältig aufbewahrt werden. Hierzu sind bei jeder Behörde bzw. Dienststelle ein Bediensteter als besonders verantwortlich für die Geheimhaltung sowie ein Vertreter zu bestimmen. Bei Abwesenheit desjenigen, der jeweils mit der Bearbeitung des Vorgangs

Anlage 1

Anlage 2

beschäftigt ist oder der für die Verwahrung verantwortlich ist, sind die Unterlagen in einem Schrank oder in einem Zimmer mit Sicherheitsschloß einzuschließen. Die Unterlagen dürfen nur von Hand zu Hand weitergegeben werden. Aus dem Begleitzettel muß sich ergeben, wer die Unterlagen in den Händen gehabt hat.

6 Weitergabe von Informationen

Stellt die Aufsichtsbehörde bei der Überprüfung Unstimmigkeiten fest, so ist die ZfS unmittelbar und kurzfristig zu informieren, damit sie für eine Benachrichtigung der Anmeldestelle und ggf. für eine Berichtigung der Unterlagen sorgen kann. Davon unberührt bleiben die Bestimmungen der §§ 26 und 27 ChemG.

Ergeben sich für die zuständigen Behörden aus der Überwachung Erkenntnisse oder Probleme von überregionaler Bedeutung, so ist ebenfalls die ZfS zu informieren.

Ein eventuell notwendig werdender Schriftverkehr der Überwachungsbehörden mit der Anmeldestelle ist über die ZfS zu führen.

Die Berichtspflicht der StGAÄ entsprechend dem RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 20. 12. 1983 (n. v.) - III AG - 8024 - (SMBL. NW. 285) sowie die Berichtspflicht der BA entsprechend dem RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 21. 12. 1977 (SMBL. NW. 750) werden davon nicht berührt.

7 Erteilung von Auskünften

7.1 Zuständig für die Erteilung von Auskünften zum Chemikaliengesetz an Hersteller und Importeure sind die Überwachungsbehörden, soweit davon die Überwachung der Durchführung der Bestimmungen des Chemikaliengesetzes betroffen ist.

7.2 Anfragen von Herstellern oder Importeuren, die bei der Anmeldestelle eingehen und an die ZfS weitergeleitet werden oder die direkt bei der ZfS eingehen, werden mit einer Stellungnahme an die zuständige Überwachungsbehörde zur Beantwortung weitergeleitet.

Die ZfS steht als Leitstelle im Rahmen des ChemG allen Überwachungsbehörden und sonstigen Dienststellen für Auskünfte und Informationen zur Verfügung.

7.3 Die Überwachungsbehörden unterrichten die ZfS über die von ihnen in Fällen nach 7.2 getroffenen Entscheidungen, damit die ZfS die Anmeldestelle über Vorgänge von überregionaler Bedeutung in geeigneter Form informieren kann.

Anlage 1

Verzeichnis der Informationsblätter „Kurzinformationen über Anmeldungen nach § 4 ChemG bzw. über Mitteilungen nach § 16 ChemG“:

- M: Mitteilung ohne vertrauliche Angaben
- M-V: Mitteilung mit vertraulichen Angaben
- A: Angaben zum Anmelder und zum Stoff
- V: Verwendung des Stoffes
- Z: Zusammensetzung des Stoffes
- P: Physikalisch-chemische Daten
- G: Gefährlichkeit, Einstufung, Kennzeichnung
- T1: Toxikologische Daten I
- T2: Toxikologische Daten II
- O: Ökotoxikologische Daten
- S1: Empfehlungen zur Behandlung des Stoffes und Vorsichtsmaßnahmen
- S2: Möglichkeiten der schadlosen Beseitigung des Stoffes

Die Formblätter A, V, Z und M-V enthalten vertrauliche Angaben im Sinne von § 12 Abs. 3 ChemG.

Anlage 2

Verzeichnis der Behörden und Dienststellen mit den für sie vorgesehenen Informationsblättern

1. Staatliche Gewerbeaufsichtsämter und Bergämter (A, V, Z, T 1, T 2, P, S 1, S 2, O, G; M-V)
2. Staatliche Gewerbeärzte (wie 1.)
3. Regierungspräsidenten, Dezernate 21, 23, 24, 26, 54 und Landesoberbergamt NW (wie 1.)
4. Landesamt für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen (wie 1.)
5. Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen (wie 1.)
6. Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Nordrhein-Westfalen (wie 1.)
7. Landesanstalt für Fischerei Nordrhein-Westfalen (wie 1.)
8. Landesanstalt für Immissionsschutz (A, V, Z, T 1, P, S 1, S 2, O; M-V)
9. Minister für Landes- und Stadtentwicklung (V, G)
10. Arbeitsmedizinische Institute der Universitäten Köln und Münster (T 1, T 2, P, S 1, O, G; M)
11. Informationszentren für Vergiftungsfälle; Medizinische Klinik und Poliklinik, Münster; Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Münster; Universitäts-Kinder-Klinik und Poliklinik der Universität Bonn (wie 11.)

- MBL. NW. 1984 S. 283.

922
20510

Begleitung von Großraum- und Schwertransporten

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 28. 2. 1984 - IV/A 2 - 22-29/80 - 5/84

Nach Nr. VI.7 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (VwV) zu § 29 Abs. 3 StVO bzw. Nr. IV.9 der VwV zu § 46 Abs. 1 Nr. 5 StVO kann bei der Durchführung von Großraum- und Schwertransporten eine Begleitung vorgeschrieben werden.

Um die Notwendigkeit des Einsatzes von Begleitfahrzeugen beim Befahren von Brücken und anderen Gefahrenpunkten durch Großraum- und Schwertransporte so gering wie möglich zu halten, sind die Transporte grundsätzlich auf entsprechend ausgebauten Straßen (z. B. Brückenbauwerke mit ausreichender Tragfähigkeit, ausreichende Fahrbahnbreiten) durchzuführen, auch wenn hierdurch Umwege in Kauf genommen werden müssen. Ich weise darauf hin, daß die Fahrwege so festgelegt werden sollten, daß eine Begleitung nicht erforderlich ist.

Werden die im RdErl. d. Innenministers v. 1. 7. 1980 (SMBL. NW. 20510) unter Nr. 1.1 genannten Abmessungen oder die nach § 34 Abs. 3 StVZO zulässigen Achslasten und Gesamtgewichte überschritten, ist zu prüfen, ob Polizei- oder Eigenbegleitung durch den Unternehmer erforderlich ist. Eine polizeiliche Begleitung ist regelmäßig nur dann erforderlich, wenn verkehrsregelnde Maßnahmen gem. § 36 StVO geboten sind. Verkehrsichernde Maßnahmen hingegen können von Begleitfahrzeugen des Unternehmers (Kraftfahrzeuge mit einem zul. Gesamtgewicht bis zu 3,5 t) durchgeführt werden.

Wird die Begleitung durch den Unternehmer als ausreichend angesehen, sollte das Verhalten des Transport- und Begleitpersonals an besonderen Gefahrenpunkten in der Erlaubnis vorgeschrieben werden.

Sollte zur Verkehrsregelung Polizeibegleitung notwendig sein, ist sie auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Einer ständigen Polizeibegleitung bedürfen nur relativ wenige Transporte. Die Begleitung durch die Polizei wird in den meisten Fällen nur auf Teilstrecken oder an Gefahrenpunkten in Betracht kommen.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Innenminister.

- MBL. NW. 1984 S. 284.

II.

Ministerpräsident**Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 12. 3. 1984 –
I B 2 – 130 – 5/70

In Anerkennung ihrer unter Einsatz des eigenen Lebens erfolgreich durchgeführten Rettungstat ist die Rettungsmedaille verliehen worden an die spanischen Staatsangehörigen

1. Angel Oria Misas, Santander (Spanien)
2. Ivan Diez Cabanes, Santander (Spanien)

– MBl. NW. 1984 S. 285.

Kanadisches Generalkonsulat, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 13. 3. 1984 – I B 5 – 430 – 7/64

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung Kanadas in Düsseldorf ernannten Herrn James Angus Elliott am 7. März 1984 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Köln.

– MBl. NW. 1984 S. 285.

Innenminister**Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure**

Bek. d. Innenministers v. 9. 3. 1984 – III C 1 – 2413

| Name | Vorname | Geburtsdatum | Anschrift der Geschäftsstelle | Zul.-Nr. |
|------------------------|-----------------|--------------|--|----------|
| I. Neuzulassung | | | | |
| Brandau | Jochen | 13. 3. 1954 | Juiststr. 14 4000 Düsseldorf | B 59 |
| Geratz | Karl Heinz | 13. 3. 1950 | Abtsgartenstr. 34 5202 Hennef/Sieg 1 | G 31 |
| Henel | Dietmar | 19. 12. 1921 | Zollernstr. 33 5100 Aachen | H 61 |
| Heupel | Gerd | 28. 5. 1943 | Im Teelbruch 40 4300 Essen 18 | H 60 |
| Juchheim | Klaus | 19. 3. 1955 | Neheimer Str. 47 4760 Werl | J 12 |
| Kottsieper | Hans | 7. 2. 1952 | Rathausplatz 6 4154 Tönisvorst 1 | K 62 |
| Mittelstaedt | Karl-Heinz | 28. 7. 1949 | Hatzfelder Str. 35 5600 Wuppertal 2 | M 45 |
| Rummenie | Wilhelm | 3. 5. 1950 | Karlstr. 21 4792 Bad Lippspringe | R 31 |
| Schleifenbaum | Rainer | 15. 6. 1949 | Konrad-Adenauer-Str. 116 5130 Geilenkirchen | S 98 |
| Schlemper | Rudolf | 16. 2. 1951 | Berleburger Str. 1 5900 Siegen 1 | S 97 |
| Steinkamp | Ernst | 3. 2. 1948 | Sylbeckestr. 39 a 4930 Detmold | S 98 |
| Wülfing | Heinrich Martin | 23. 3. 1953 | Burloer Str. 67 a/Nordring 4280 Borken | W 40 |

| Name | Vorname | Geburtsdatum | Anschrift der Geschäftsstelle | Zul.-Nr. |
|--|----------------|--------------|--|----------|
| II. Löschung | | | | |
| Fitzen, Dr.-Ing. | Hans-Peter | 4. 10. 1950 | Hatzfelder Str. 35 5600 Wuppertal 2 | F 21 |
| Klein | Heinrich | 23. 9. 1910 | Goethestr. 57 4220 Dinslaken | K 46 |
| Münchhoff | Gustav | 10. 5. 1907 | Herderstr. 23 5630 Remscheid 1 | M 29 |
| Süsske | Hans | 14. 5. 1901 | Kampstr. 29 4950 Minden | S 37 |
| III. Änderung der Anschrift der Geschäftsstelle | | | | |
| Barenkamp | Helmut | 24. 9. 1946 | Alstätter Grenze 12 4530 Ibbenbüren | B 51 |
| Brenner | Rolf Dieter | 6. 2. 1936 | Ennsstr. 20 4150 Krefeld | B 33 |
| Greiffendorf | Wolfgang | 7. 12. 1949 | Falkenweg 6 4152 Kempen 1 | G 23 |
| Gehrmann | Heinz-Dietrich | 28. 5. 1949 | Klosterstr. 73 5102 Würselen | G 26 |
| Mertens | Wolfgang | 18. 9. 1949 | Rathausplatz 6 4154 Tönisvorst 1 | M 43 |
| Rumpf | Dieter | 14. 3. 1951 | Lahnweg 2 5142 Hückelhoven | R 30 |
| Schlüter | Bernhard | 20. 12. 1948 | Olfersstr. 6 4400 Münster | S 89 |
| Schüler | Jürgen | 4. 11. 1943 | Olfersstr. 6 4400 Münster | S 84 |
| Tonger | Jan | 16. 9. 1938 | Heidestr. 183 b 5000 Köln 90 | T 14 |
| Vaculik | Edgar | 26. 9. 1936 | Venloer Str. 114 5024 Pulheim 1 | V 5 |
| Vesper | Ralf | 14. 3. 1949 | Bangertsweg 7 4320 Hattingen | V 10 |
| Wiemerslage, Dr.-Ing. | Helmut | 23. 5. 1929 | Alstätter Grenze 12 4530 Ibbenbüren | W19 |

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufstellung
über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
seit dem 1. 2. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 29. 2. 1984

Mitt. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 8. 3. 1984 - LS 7222

| Lfd. Nr.: | Bezeichnung der Vereinbarung | Tar.- Reg.-Nr.: in Kraft gesetzt |
|---|---|---|
| <u>Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)</u> | | |
| 55925 | <u>Tarifvertrag</u> Übernahme MTV - Chemische Industrie vom 25.3.1983 der Quarzwerke GmbH, 5020 Frechen vom 10.1.1984 (abgeschlossen mit CPK) | 10023 00 83 01.09.1983 |
| <u>Gewerbegruppe V - X (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie)</u> | | |
| 55926 | <u>Zusatztarifvertrag</u> zum MTV der Eisen, Metall, Elektro und Zentralheizungsindustrie NRW vom 25.1.1984 - kündbar zum 30.6.1984 (abgeschlossen mit IGM) | 00021 07 84 01.01.1984 |
| 55927 | <u>Tarifvertrag</u> über die Absicherung eines Teiles eines 13. Monatseinkommens des Sanitär-, Installateur-, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer-, Klempner- und Kupferschmiedehandwerks vom 14.12.1976 - kündbar zum 31.12.1980 (abgeschlossen mit IGM) | 00031 50 77 01.01.1977 |
| <u>Gewerbegruppe XI (Chemische Industrie)</u> | | |
| 55928 | <u>Manteltarifvertrag</u> der Fa. Deutsche Texaco AG, 2000 Hamburg vom 18.11.1983 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit IGBE/CPK/HBV) | 10012 00 84 01.01.1984 |
| 55929 | <u>Lohntarifvertrag</u> der Fa. Deutsche Texaco AG, 2000 Hamburg vom 18.11.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit IGBE/CPK/HBV) | 10012 21 83 01.10.1983 |
| 55930 | <u>Gehaltstarifvertrag</u> der Fa. Deutsche Texaco AG, 2000 Hamburg vom 18.11.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit IGBE/CPK/HBV) | 10012 22 83.001 01.10.1983 |
| 55931 | <u>Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Fa. Deutsche Texaco AG, 2000 Hamburg vom 18.11.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit IGBE/CPK/HBV) | 10012 23 83.001 01.10.1983 |
| 55932 | <u>Manteltarifvertrag</u> der Fa. Esso-Chemie GmbH, 5000 Köln vom 9.12.1983 - kündbar 3 Monate (abgeschlossen mit CPK) | 10016 00 83 01.12.1983 |

| | | |
|-------|--|---------------------------|
| 55933 | <u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Fa. Esso-Chemie GmbH, 5000 Köln vom 9.12.1983 - kündbar zum 31.10.1984 (abgeschlossen mit CPK) | 10016 20 83 01.11.1983 |
| 55934 | <u>Urlaubstarifvertrag</u> der Fa. Esso-Chemie GmbH, 5000 Köln vom 9.12.1983 - kündbar 6 Monate (abgeschlossen mit CPK) | 10016 30 83 01.12.1983 |
| 55935 | <u>Lohntarifvertrag</u> der Fa. The Burmah Oil (Deutschland) GmbH, 2000 Hamburg vom 21.11.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit DAG) | 10018 21 83 01.10.1983 |
| 55936 | <u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Fa. The Burmah Oil (Deutschland) GmbH, 2000 Hamburg vom 21.11.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit DAG) | 10018 26 83 01.10.1983 |
| 55937 | <u>Tarifvertrag</u> über eine Jahressonderzahlung der Fa. Bartling GmbH & Co. KG, 4807 Borgholzhausen vom 29.11.1983 - kündbar zum 31.1.1985 (abgeschlossen mit CPK) | 10025 51 83 01.11.1983 |

Gewerbegruppe XVII (Holzgewerbe)

| | | |
|-------|--|---------------------------|
| 55938 | <u>Lohn-/Gehaltstarifvertrag</u> des Tischlerhandwerks vom 28.12.1983 - kündbar zum 30.9.1984 (abgeschlossen mit GHK) | 00092 24 83 01.10.1983 |
| 55939 | <u>Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Knopfindustrie vom 1.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit GHK) | 00094 25 84 01.03.1984 |
| 55940 | <u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Knopfindustrie vom 1.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit GHK) | 00094 26 84 01.03.1984 |
| 55941 | <u>Tarifvertrag</u> über ein 13. Monatseinkommen der Knopfindustrie vom 1.2.1984 - kündbar zum 28.2.1986 (abgeschlossen mit GHK) | 00094 50 84 01.03.1984 |

Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)

| | | |
|-------|---|---------------------------|
| 55942 | <u>Tarifvertrag</u> nach § 3 Abs. 1, 1. u. 3. Betr.VG 1972 der Fa. Eduscho GmbH & Co. KG, 2800 Bremen 1, Lloydstraße 1 vom 14.9.1983 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit DAG) | 10022 90 84 01.01.1984 |
|-------|---|---------------------------|

Gewerbegruppe XX (Bekleidungsindustrie)

| | | |
|-------|--|---------------------------|
| 55943 | <u>Änderung</u> MTV § 17.4 (Urlaubsgeld) der Schuhindustrie vom 24.1.1984 (abgeschlossen mit GL) | 00070 07 84 |
| 55944 | <u>Lohntarifvertrag</u> der Schuhindustrie vom 24.1.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit GL) | 00070 21 84 01.01.1984 |

- 55945 Ausb.-Vergütungsstarifvertrag der Schuhindustrie vom 00070 23 84
24.1.1984 - kündbar zum 31.12.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit GL)

Gewerbegruppe XXI (Baugewerbe)

- 55946 Änderung des TV Verfahren Lohnausgleich, Zusatzver- 00109 28 84
sorgung und Beitragseinzug Berufsbildung des Dach- 01.01.1984
deckerhandwerks vom 16.12.1983
(abgeschlossen mit BSE)
- 55947 Tarifvertrag Beitragsumverteilung Sozialklassenbei- 00109 90 84
träge des Dachdeckerhandwerks vom 2.2.1984 - kündbar 01.02.1984
zum 31.1.1985
(abgeschlossen mit BSE)
- 55948 Tarifvertrag Grundbeihilfe des Gerüstbaugewerbes vom 00110 70 82
13.1.1984 - kündbar zum 31.12.1987 01.01.1982
(abgeschlossen mit BSE)
- 55949 Tarifvertrag zusätzliche Altersbeihilfe (TV-Grund- 00110 70 82
beihilfe) Korrektur eines Schreibfehlers auf S. 9
des Gerüstbaugewerbes vom 13.2.1984
(abgeschlossen mit BSE)
- 55950 Tarifvertrag Ergänzungsbeihilfe des Gerüstbaugewerbes 00110 77 82
vom 13.1.1984 - kündbar zum 31.12.1986 01.01.1982
(abgeschlossen mit BSE)
- 55951 Tarifvertrag über die Aufteilung des an die Sozial- 00110 77 84
kasse abzuführenden Gesamtbetrages des Gerüstbaue- 01.01.1984
werbes vom 19.1.1984 - kündbar zum 31.12.1984
(abgeschlossen mit BSE)
- 55952 Änderung Tarifvertrag Berufsbildung des Gerüstbau- 00110 87 84
gewerbes vom 13.1.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit BSE)

Gewerbegruppe XXII (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke)

- 55953 Ergänzungsstarifvertrag zum MTV der Gas/Wasser/Elek- 00224 07 83
trizitätsunternehmen vom 17.11.1983 01.10.1983
(abgeschlossen mit ÖTV/IGBE)
- 55954 Ergänzungsstarifvertrag zum MTV der Gas/Wasser/Elek- 00224 07 83.001
trizitätsunternehmen vom 17.11.1983 01.10.1983
(abgeschlossen mit DAG)

Gewerbegruppe XXV (Einzelhandel)

- 55955 Manteltarifvertrag der Fa. Adler Bekleidungswerk AG 10027 00 83
& Co. KG, 8751 Haibach vom 1.7.1982 - kündbar zum 01.07.1982
31.12.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 55956 Tarifvertrag vermögenswirksame Leistungen der Fa. 10027 60 81
Adler Bekleidungswerk AG & Co. KG, 8751 Haibach vom 01.07.1981
8.4.1982 - kündbar zum 31.12.1983
(abgeschlossen mit DAG)

55957 Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fa. Möbel Paradies Tacke, 5202 St. Augustin vom 2.5.1983 - kündbar zum 31.3.1984 10029 25 83
(abgeschlossen mit HBV) 01.04.1983

55958 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fa. Möbel Paradies Tacke, 5202 St. Augustin vom 2.5.1983 10029 26 83
- kündbar zum 31.3.1984 01.04.1983
(abgeschlossen mit HBV)

Gewerbegruppe XXVI (Handelshilfsgewerbe)

55959 Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG der Deutschen Bücherbund GmbH & Co., 7000 Stuttgart 1, vom 26.9.1983 10026 90 84
(abgeschlossen mit DAG/HBV) 01.01.1984

55960 Gehaltstarifvertrag der Fa. AFP Agence France Presse, 5300 Bonn - kündbar zum 30.4.1984 10028 22 83
(abgeschlossen mit HBV) 01.05.1983

Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)

55961 Änderung MTV-Weihnachtsgratifikation der gewirtschaftlichen Geschäftsbanken vom 2.1.1984 00133 50 84
(abgeschlossen mit HBV) 01.01.1984

55962 Tarifvertrag über Sonderzahlungen 1984 des BHW - Beamtenheimstättenwerks GmbH, 3250 Hameln vom 9.1.1984 - kündbar zum 31.12.1984 10017 57 84
(abgeschlossen mit HBV) 01.01.1984

55963 Ergänzungstarifvertrag Nr. 72 zum BG-AT der Berufsgenossenschaften vom 22.11.1982 80410 00 72.002
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.01.1982/
01.06.1986/
01.01.1983

55964 Ergänzungstarifvertrag Nr. 73 zum BG-AT der Berufsgenossenschaften vom 20.6.1983 80410 00 73
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.01.1983

55965 Vergütungstarifvertrag Nr. 20 der Berufsgenossenschaften vom 20.6.1983 - kündbar zum 31.8.1984 80410 50 20.002
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.03.1983

55966 Ergänzungstarifvertrag Nr. 33 zum BG-ArbT II der Berufsgenossenschaften vom 20.6.1983 80411 00 33.001
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.01.1983/
01.07.1983

55967 Lohntarifvertrag Nr. 14 der Berufsgenossenschaften vom 20.6.1983 - kündbar zum 31.8.1984 80411 50 14.001
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.03.1983

55968 Ausb.-Vergütungstarifvertrag Nr. 9 der Berufsgenossenschaften vom 20.6.1983 - kündbar zum 31.8.1984 80412 50 09.002
(abgeschlossen mit ÖTV) 01.03.1983

- 55969 Tarifvertrag zur Änderung des TV Regelung Arbeits- 80415 00 01.002
bedingungen Praktikanten med. Hilfsberufe der Berufs- 01.03.1983
genossenschaften vom 20.6.1983
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 55970 Zusatztarifvertrag für die Beschäftigten der Ortho- 80416 00 01
pädischen Werkstatt der Bergbau-Berufsgenossenschaft 01.01.1984
vom 5.12.1983 - kündbar zum 31.12.1984
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 55971 Tarifvertrag zur Ergänzung des MTV-Azubis der Orts- 80432 00 01
krankenkassen vom 10.8.1983 01.09.1983
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 55972 Ergänzungstarifvertrag Nr. 26 zum EKT der Hanseati- 80440 0026.006
schen Ersatzkasse vom 22.8.1983 01.01.1983
(abgeschlossen mit VwA)
- 55973 Ergänzungstarifvertrag Nr. 26 zum EKT der DAK, 80440 00 26.007
Deutsche Angestellten Krankenkasse vom 7.10.1983 01.01.1983
(abgeschlossen mit HBV)
- 55974 Ergänzungstarifvertrag Nr. 26 zum EKT der DAK, 80440 00 26.008
Deutsche Angestellten Krankenkasse vom 7.10.1983 01.01.1983
(abgeschlossen mit VwA)
- 55975 Ergänzungstarif zur Anlage 1 TKT der Techniker-Kran- 80441 00 01
kenkasse (Ersatzkasse) vom 9.12.1983 01.04.1983
(abgeschlossen mit HBV)
- 55976 Tarifvertrag Nr. 426 Ausbildungsvergütungstarifver- 80480 04 26
trag Nr. 9 zum MTV Auszubildende der Bundesversiche-
rungsanstalt für Angestellte
(abgeschlossen mit ÖTV/DAG/GdS/VwA/DHV/GöDCG)
- 55977 Tarifvertrag Nr. 430 zur Änderung der allgemeinen 80480 04 30
Vergütungsordnung (anl. 1) des MTV-Angest. BfA 25.11.1983
der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte BfA
vom 25.11.1983
(abgeschlossen mit ÖTV/DAG/GdS/VwA/DHV/Marburger
Bund/GöDCG)
- 55978 Ausb.-Vergütungstarifvertrag Soz.-Vers. Angestellte 80492 00 01
der Innungskrankenkassen vom 20.6.1983 - kündbar zum 01.03.1983
30.6.1984
(abgeschlossen mit ÖTV)

Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)

- 55979 Manteltarifvertrag - Bodenpersonal der Dan Air 10024 00 83
Service Ltd., London vom 28.2.1983 - kündbar zum 01.01.1983
31.12.1985
(abgeschlossen mit DAG)
- 55980 Vergütungstarifvertrag - Bodenpersonal der Dan Air 10024 20 83
Services Ltd., London vom 31.3.1983 - kündbar zum 01.04.1983
31.3.1984
(abgeschlossen mit DAG)

Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)

| | | |
|-------|--|--|
| 55981 | <u>Manteltarifvertrag der Technischen Überwachungs-Vereine e.V. vom 16.12.1983</u> (abgeschlossen mit ÖTV) | 00229 00 84 01.01.1984 |
| 55982 | <u>Vergütungsstarifvertrag der Technischen Überwachungs-Vereine vom 16.12.1983 - kündbar zum 31.12.1984</u> (abgeschlossen mit ÖTV) | 00229 20 84 01.01.1984 |
| 55983 | <u>Tarifvertrag über die Zusatzversorgung des Vereins Jugendberufshilfe Essen e.V., 4300 Essen vom 6.2.1984</u> - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit ÖTV) | 10015 70 83 31.10.1983 |
| 55984 | <u>7. Änderung des MTV der Deutschen Welle, 5000 Köln vom 2.12.1983</u> (abgeschlossen mit RFFU/DJV/DAG) | 10019 07 83 01.07.1983 |
| 55985 | <u>Gehaltstarifvertrag der Deutschen Welle vom 19.12.1983</u> (abgeschlossen mit DFFU) | 10019 22 83 01.11.1983 |
| 55986 | <u>Gehaltstarifvertrag der Deutschen Welle vom 19.12.1983</u> (abgeschlossen mit DJV) | 10019 22 83.001 01.11.1983 |
| 55987 | <u>Gehaltstarifvertrag der Deutschen Welle vom 19.12.1983</u> (abgeschlossen mit DAG) | 10019 22 83.002 01.11.1983 |
| 55988 | <u>Manteltarifvertrag der Aktion Friedensdorf e.V. - kündbar zum 21.12.1984</u> (abgeschlossen mit DAG) | 10021 00 84 01.01.1984 |
| 55989 | <u>Änderungsvereinbarung Nr. 17 zum Anhang Z TV AL II der Bundesrepublik Deutschland - Stationierungsstreitkräfte vom 29.11.1983</u> (abgeschlossen mit ÖTV) | 80001 00 17 |
| 55990 | <u>Änderungsvereinbarung Nr. 17 zum Anhang Z TV AL II der Bundesrepublik Deutschland - Stationierungsstreitkräfte vom 29.11.1983</u> (abgeschlossen mit DAG) | 80001 00 17.001 |
| 55991 | <u>21. Änderungsstarifvertrag zum TVA der Emschergenossenschaft, 4300 Essen u.a. vom 2.12.1983</u> (abgeschlossen mit ÖTV) | 80330 00 21 01.01.1983 |
| 55992 | <u>21. Änderungsstarifvertrag zum TVA der Emschergenossenschaft, 4300 Essen u.a. vom 4.1.1984</u> (abgeschlossen mit DAG) | 80330 00 21.001 01.01.1983 |
| 55993 | <u>22. Ergänzungstarifvertrag zum TVL der Emschergenossenschaft, 4300 Essen u.a. vom 2.12.1983</u> (abgeschlossen mit ÖTV) | 80331 00 22 01.01.1983/ 01.07.1983 |
| 55994 | <u>Tarifvertrag über Bühnenschiedsgerichte des Deutschen Bühnenvereins vom 25.11.1983</u> (abgeschlossen mit Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger) | 80350 00 02 |

- 55995 Tarifvertrag über Instrumentengeld u.a. des Kultur- 80351 00 02
orchesters vom 24.11.1983 01.10.1983
(abgeschlossen mit Deutsche Orchestervereinigung e.V.)
- 55996 Tarifvertrag über die Entschädigung nach § 13 Abs. 2 80351 00 03
TVK des Kulturorchesters vom 24.11.1983 01.10.1983
(abgeschlossen mit Deutsche Orchestervereinigung e.V.)
- 55997 Chorgagentarifvertrag der Opernchöre vom 25.11.1983 80352 00 02
- kündbar zum 30.6.1984
(abgeschlossen mit Vereinigung deutscher Opernchöre
und Bühnentänzer in der DAG/Genossenschaft Deutscher
Bühnen-Angehöriger)

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

I, II, III, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVIII, XXIII, XXIV, XXIX, XXXI, XXXII.

Minister für Wissenschaft und Forschung**Ungültigkeitserklärung
eines Dienstsiegels**

Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung
v. 8. 3. 1984 – I B 5-2090

Das nachfolgend näher bezeichnete Dienstsiegel der
Fachhochschule Köln ist in Verlust geraten:

Gummistempel
Durchmesser: 24 mm
Umschrift: Fachhochschule Köln
Kennziffer: 13.

Im Vordergrund des Siegels sind zwei ineinandergrei-
fende Gebäudeteile gestaltet, über denen dreidimensional
das FH-Zeichen steht.

Das Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt. Der
unbefugte Gebrauch wird strafrechtlich verfolgt. Hinweise
zum Auffinden des Siegels sowie Anhaltspunkte für eine
unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar der Fachhoch-
schule Köln mitzuteilen.

– MBl. NW. 1984 S. 294.

**Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausweises**

Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung
v. 8. 3. 1984 – I B 5-2090

Der Dienstausweis Nr. 511 des Professors Dr. Claus E.
Bärsch, geb. am 3. 10. 1939, wohnhaft Taubenstr. 2 in 4000
Düsseldorf, ausgestellt am 24. 2. 1978 von der Universität –
Gesamthochschule – Duisburg, ist in Verlust geraten und
wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn
der Universität – Gesamthochschule – Duisburg, Kolo-
niestr. 55, zuzuleiten.

– MBl. NW. 1984 S. 294.

Einzelpreis dieser Nummer 5,70 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das
Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren
Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benach-
richtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0341-194 X